

Sonntagsblatt den 17. Dezember 1921

Sächsischer Landtag

Um Regierungsräthe: Lipinski, Hecht, Pröß, Krämers eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Not der sächsischen Gemeinden.

Abg. Günther (Soz.) beginnt eine Anfrage bezüglich und Genossen (Soz.) die Notlage der sächsischen Gemeinden betreffend. Die Anfrage lautet, welche Schritte hat die sächsische Staatsregierung unternommen, um der sich zu einer Katastrophe auswachsenden Notlage der sächsischen Gemeinden zu begegnen? Ist der sächsische Regierung von Reich eine entsprechende Anfrage eingebracht worden, den Gemeinden in dieser Hinsicht höhere Zuwendungen zu machen? Der Redner führt die Notlage der Gemeinden auf die unsatisfaktive Politik der Reichsparteien in der vergangenen Zeit zurück und geht dann im einzelnen auf die den Gemeinden zufallenden Aufgaben ein. Einbindung der Wohnungsbau, Altenheime und Schulstufen fallen den Gemeinden zu. Der Redner fragt, ob das Reich seinen Verpflichtungen hinsichtlich des Erbbaurechtsneuer und der Gründungsneuer nachgekommen ist, und wieviel eigentlich bereits getan worden ist. Wenn das Reich seinen Verpflichtungen gegenüber den Gemeinden pünktlicher nachkommen würde, dann wäre die Not der Gemeinden nicht derartige Formen angenommen haben. Erfassung der Einkommenssteuer und deren schrullige Einziehung sei unbedingt notwendig.

Minister Lipinski beantwortet die Anfrage. Die sächsische Regierung hat keine Maßnahmen wiederholt auf die Notlage der sächsischen Gemeinden hinzuwirken und erreicht, daß für das Jahr 1920 das volle Ausbringen der Einkommenssteuer an die Gemeinden herangetragen werden soll. Für das Jahr 1921 sollen zwei Drittel des Aufkommens den Gemeinden übertragen werden. Die Regierung hat sich weiter bemüht, die Gemeinden an dem Aufrüttungen anderer Städte zu beteiligen. Sie hat dazu, was sie konnte, um der Not der Gemeinden zu begegnen. Der 100 Millionen-Renten-Titel dieses Trugs wiesentlich dazu bei. Die Reichsregierung hat den Gemeinden ein Darlehen auf die kommende Einkommenssteuer verschrieben. Ob die Reichsregierung eine solche Zuversicht in die Tat umsetzen könnte, hat die sächsische Regierung sich bereit erklärt, den Gemeinden Vorreiter zu geben. Von einem Zusammengehen der Länder in dieser Frage kann nicht die Rede sein, da die Lage der Gemeinden im Reich eine ganz verschiedene ist.

Die Bevölkerung der Anfrage noch bezieht. Die Reichsregierung hat den Gemeinden ein Darlehen auf die kommende Einkommenssteuer verschrieben. Ob die Reichsregierung eine solche Zuversicht in die Tat umsetzen könnte, hat die sächsische Regierung sich bereit erklärt, den Gemeinden Vorreiter zu geben. Von einem Zusammengehen der Länder in dieser Frage kann nicht die Rede sein, da die Lage der Gemeinden im Reich eine ganz verschiedene ist.

Abg. Blümke (Deutsche Volksu.) geht ebenfalls auf die einzelnen Ausführungen des Repräsentanten der Vorlage und die Antwort des Ministers Lipinski ein und führt dann aus, daß die verschiedenen Verordnungen des Ministeriums des Innern in Bezug auf die Finanznot der Gemeinden unter den Gemeinden berücksichtigt werden müssen. Der Redner verlangt der Redner die Bekanntmachung des Paragrafens des Finanzministers, der die Polizei betrifft. Nur der Staat ist eine Polizei, so soll er sie auch bezeichnen und nicht die Gemeinden mit Kosten bezeichnen. Auch dem Konsul "staatliche Elektrizitätswerke" widmet der Redner einige Worte. Besonders wendet er sich gegen die Verordnung, wonach die Gemeinden den Strom im Wechselstrom nicht über den Selbstlosenvertrag verkaufen. Der Redner bittet um Ausklärung und Aenderung der dafür vorgesehenen.

Ein Regierungserklärer teilt mit, daß der Staat Sachsen verhältnismäßig regelmäßige seine Anteile erhalten habe. Genauso wie der Staat erhalten auch die Gemeinden ihre Anteile direkt vom Reich. Bisher belief der Staat für 1920 31,5 Millionen Mark (10 Prozent), für 1921 35 Millionen Mark (10 Prozent). Da die Gemeinden nur 5 Prozent erhalten, so müssten die Gemeinden die Hälfte des dem Staat ausgezahlten Summen erhalten.

Abg. Graetz (Komm.) sieht ebenfalls einen großen Teil der Schuld an der Finanznot der Gemeinden in der Kriegswirtschaft. Der Redner lebt dann die Aufgaben dar, die den Gemeinden obliegen. So müsste die Wohlfahrtspflege in einer Reichsausprache umgewandelt werden. Rückbau der Schulen, Schulstellen der älteren Kinder, kostenlose ärztliche Behandlung usw. er weiter in den Kreis seiner Ausführungen. Aus allen diesen Gründen müßten den Gemeinden größere Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Liebmann (Unabh.): Die Steuerpolitik des Reiches ist darum hingerichtet, den Arbeitern die Arbeitslöhne anzubündeln.

Abg. Dr. Eberle (Deutsche Volksu.) berichtet daraufhin einen Bericht, der Landtag sollte beschließen: Die Regierung wird erneut, im Reiche darauf hinzuweisen, a. daß die Steuerpolitik der Gemeinde wiederhergestellt wird, b. daß bis dahin die Gemeinden beansprucht werden, die Einkommenssteuer für das Reich einzuzahlen. Die Reichseinkommenssteuer darf nicht so weit gehen, daß der Staat und den Gemeinden die Hände bindet. Der Berichterstatter bittet daraufhin um Überweisung des Antrages an den Rechtsausschuß.

Abg. Moeller (Soz.): Den Gemeinden darf die Lebensmöglichkeit nicht genommen werden. Die Gemeinden können sich nur dann halten, wenn den Gemeinden die Steuerfreiheit wiedergeben wird. Eine gesunde Steuerpolitik des Reiches ist Grundbedingung.

Abg. Blümke (Deutsche Volksu.): Das Reich billigt, was die Gemeinden an Gehältern und Löhnen zu zahlen haben. Der Antrag des Abgeordneten Eberle kann in der vorliegenden Form nicht angenommen werden; wohl können wichtige Punkte aus dem Antrag herausgezogen werden. Der Rechtsausschuss wird den Antrag wohl nach dieser Richtung hin behandeln.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.): Es müssen Werte geziert werden, doch auch die Einnahmen neben den Ausgaben zuwandern müssen werden. Die Wirtschaftsverordnung des Finanzministers ist außerordentlich bürokratisch. Die Aktion der Demokraten sei nicht in der Lage, den Antrag Eberle anzunehmen.

Der Antrag Eberle geht an den Rechtsausschuß.

Eingemeldung selbständiger Gutachter.

Abg. Bünger (Deutsche Volksu.) erstattet Bericht über die Verhandlungen im Rechtsausschuß, der den Antrag stellt, die Vorlage unverändert anzunehmen.

Es liegen hierzu zwei Änderungsanträge vor.

Abg. Wagner (Deutschpart.) begrüßt die von der Minderheit erstellten Änderungsanträge. Abg. Dresden (Soz.) kommt die Vorlage zu. Minister Lipinski bittet um Annahme der Vorlage in der vom Rechtsausschuß vorbereiteten Fassung. Abg. Wagner (Deutschpart.) erklärt sich für die Minderheitsanträge. Anwesender ist ein Antrag eingegangen, der die dritte Beratung der Vorlage verlangt. Die Abstimmung ergibt die Annahme der Vorlage in der vorliegenden Fassung. Die Abänderungsanträge werden abgelehnt.

Abg. Minniger (Soz.) berichtet über die Verhandlungen des Haushaltshaushaltsschusses I. Kap. 58 Abs. C des ordentlichen Haushaltshaushaltsschusses 1921 Kleinstrentnerfürsorge betreffend. Es liegt hierzu ein Antrag des Ausschusses vor, zu beschließen, daß die Einfassungen für das Rechnungsjahr 1921 nach der Vorlage zu genehmigen und sich dem Erlichen der Regierung entsprechend damit einverstanden zu erklären, daß die bewilligten fünf Millionen Mark unbedingt der Verabschließung des Staatshaushaltshaushaltsschusses sofort zur Abgabe vor kommen sind.

Abg. Grube (Komm.) tritt für Ablehnung der ganzen Vorlage ein, so lange der Begriff Kleinstrentner nicht geprägt sei.

Minister Lipinski: Es kommt heute darauf an, daß der Rechtsausschuß des Landtages nunmehr zur Ausführung kommt.

Abg. Grube (Komm.): Wie wenben und nicht gegen die fünf Millionen, sondern dagegen, daß die fünf Millionen ungerecht verteilt werden.

Abg. Minniger (Soz.) spricht das Schlusswort. Die Kommunisten hatten weitestgehende Gelegenheit, sich über die Verteilung der fünf Millionen auszusprechen.

Weiterbericht des Kali- und Kalksandsteinwerkes Görlitz.

Abg. Dehnhardt (Unabh.) erstattet Bericht über die Verhandlungen des Haushaltshaushaltsschusses I. Der Ausschuss heißt den Antrag zu beschließen, daß Werk weiter in Betrieb zu halten,

daß von der Regierung bereitgestellte Darlehen von 2 Millionen Mark aus den zur Förderung des Kleinwohnungsbaus hergestellten Mitteln zu gewähren und darüber hinaus 1.500.000 Mark aus denselben Mitteln als weiteren Betriebskredit zur Verfüzung zu stellen, sowie die Regierung zu ersuchen, bei Staats- und Gebäudewägen die Verwendung von Kalksandsteinen soweit wie möglich zu bedingen und von der Erfüllung solcher Bedingungen die Genehmigung von Bauzuschüssen abhängig zu machen.

Abg. Dr. Dehn (Dem.) wendet sich gegen die zwangsweise Verwendung von Kalksandsteinen.

Abg. Schmidbaur (Soz.) findet es nicht unbillig, wenn bei Gebäudewägen Kalksandsteinmaterial verwendet werden möge. Abg. Holmann (Deutschpart.) teilt die Bedenken des Abg. Dr. Dehn. Abg. Dehnhardt (Unabh.) spricht das Schlusswort und erklärt, daß, wenn Bauzuschüssen gewährt werden, auch zweckentsprechendes Material verwendet werden möge.

Der Antrag des Ausschusses wird einstimmig angenommen.

Verlängerung der Wahlauer der Mitglieder des Landeskulturrates.

Es folgt die erste Beratung einer Regierungsvorlage betreffend Verlängerung der Wahlauer der Mitglieder des Landeskulturrates. Die Vorlage wird in sofortige Schlussberatung genommen. Die Vorlage steht einem kleinen Abänderungsantrag Schmidbaur (Soz.) im übrigen angenommen. Ebenfalls sofort in Schlussberatung genommen und ohne Andacht angenommen wird ein Gesetzentwurf über Gemeindeschreiberung in den Sezessionen betreffend. Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Sitzung 3.10 Uhr. — Nachste Sitzung Dienstag, den 10. Januar 1922 mit der Tagesordnung Haushaltswesen, kleine Anträge. Der Präsident schließt die Sitzung mit den besten Wünschen für Weihnachten und Neujahr.

Meldungen aus Sachsen

Sachsen Kohlenamt

Neben Sachsen ist eine Kohlennot schwerster Art hereingeschossen. Der Verlust der Erze und verschiedener Elektro- und Eisenwerke ist in Frage gestellt. Zahlreiche industrielle Betriebe und die Handelsverfolgung sind gefährdet. Zudem fehlt Öl und daneben große Mengen an überwiegendem Steinkohle auszutragen. Die Fabriken könnten aber ihren Betrieb durch Importzukauf von höchster Steinkohle aufrechterhalten. Der Rückzug der Förderung im südlichen Steinkohlenrevier während der Monate September bis November hat auch diese Ölquelle verloren lassen. Zu diesem Winter noch weniger Steinkohle zur Verfügung stand als in dem vergangenen. Dazu kommt der Zusatz an östlicher Braunkohle. Seit die sächsischen Kohlengruben seit dem 12. November Economecke für die östliche Kohle bereitstehen, ist diese zugleich durch die böhmischen Werke freigemacht und dreimal teurer geworden. Vieles Verbraucher, besonders Elektrohüttenwerke, ist hierdurch der Weiterbetrieb höchstens möglichs, fast ganz unmöglich geworden. Die österröhmishe Braunkohle ist das Lebendbild des sozialen Organisations, des östlichen Sachsenlands der sozialen Mühelosigkeit und Beladenen und erfolgreichem Parlamentarientums, aber auch des anstrengenden und aufklarenden akademischen Lehrers. Tausenden von akademischen Höheren, im bewußten Tausenden von Sozialen habe Höhe eine vertiefte Geschichtsauffassung und ein verfeinertes Sozialempfinden eingeflößt und ihnen das Verständnis der sozialen Geschichte eröffnet. Besonders gedacht der Redner der Verdienste dieses um den Aufbau der weltförmigen Universität. Abschließend sprach er über Höhe als Menschen und wurde geschlossen. Die Wirkung des Gesetzgebungsprojektes des Generalsuperintendenten und Professors Dr. Welsch umrahmt die eindrucksvolle akademische Feier, die einem der größten Söhne der Stadt zuteil wurde.

Erinnerung für Franz Höhe

Am 4. Dezember fand eine sehr erhebende akademische Gedächtnissfeier an der Universität Münster für den verstorbenen Professor Dr. Franz Höhe statt. Darauf nahmen die Professoren der Universität und Vertreter sämtlicher Studentenorganisationen in Würde und mit umfangreichen Rahmen teil. Ebenso nahm der Rektor der Universität den Oberpräsidenten von Westfalen Dr. Wilmeling, den Landeshauptmann Tiemann, Staatssekretär Wiedermann, Weibsbischof Scheles, den früheren Universitätsrat Dr. Karl Prinz von Waldburg und Corvinus, Gießelstein, wie der Rektor der Universität Prof. Boermann dar. Auf ihn, daß Höhe 24 Jahre dem Lehrtätigkeits der Universität in trauter Verhältnis angehört habe. Die akademische Gedächtnissfeier hielt sodann der Abg. Prof. Dr. Schröder. In einer einflößigen Darlegung zeichnete er das Lebensbild und die Lebensarbeit des Entschlafenen als des sozialen Organisators, des östlichen Sachsenlands der sozialen Mühelosigkeit und Beladenen und erfolgreichem Parlamentarientums, aber auch des anstrengenden und aufklarenden akademischen Lehrers. Tausenden von akademischen Höheren, im bewußten Tausenden von Sozialen habe Höhe eine vertiefte Geschichtsauffassung und ein verfeinertes Sozialempfinden eingeflößt und ihnen das Verständnis der sozialen Geschichte eröffnet. Besonders gedacht der Redner der Verdienste dieses um den Aufbau der weltförmigen Universität. Abschließend sprach er über Höhe als Menschen und wurde geschlossen. Die Wirkung des Gesetzgebungsprojektes des Generalsuperintendenten und Professors Dr. Welsch umrahmt die eindrucksvolle akademische Feier, die einem der größten Söhne der Stadt zuteil wurde.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

S Dresden-Strehlen. Katholischer Verein. Sonntag, den 18. Dezember, abends 7 Uhr im Vereinsraum der "Glocke" Strehlenfest und Weihnachtsfeier. Um recht zahlreichen Besuch hält der Verein.

Bleikästen

Anonymus. In Dresden. Wie danken Ihnen für Ihre Ausstellung. Die Sache selbst ist seinerzeit in der "Sächsischen Volkszeitung" bereits beprochen worden. Warum haben Sie nicht den Mut Ihren Namen zu nennen? Da das nicht der Fall ist, können wir Ihnen nähere Ausführungen natürlich nicht zulassen lassen.

Literatur

Gewerbeaufsichtsamt. Verkaufliches Handbuch von G. Hobbing. Lehrerin der Gewerbeaufsichtsamt. C. 14. M. 8.90 Mark.

Ein Konkurrenzlegislativ für Süde und Ost. Eine zweite Ausgabe einer Handbuch einer Gewerbeaufsichtsbehörde, nennen, eben zweites Tausend nunmehr im Volkervereinssortenage et. fehlt. Vom 1. bis zum 30. Januar wird auf 243 Seiten in legislativer Form alles durchgegangen, was eine Gewerbe- und ihre Geschäfte gern wissen möchten, aber besser wissen möchten. Das Buch gehört auf jeden Küchentisch im Privathaushalt sowohl wie in kaufmännischen Bildungsanstalten aller Art.

Das königliche Gebot

von ABT BONIFAZ WÖHRMÜLLER O.S.B.

Geb. 43 M., in Papierband 56 M., in Leder 65 M.

Ein religiöses-ethisches Buch, das ein literarisches Ereignis zu werden verspricht, wie einst B. Schol Kopplers "Buch 'Mein Freund'."

Zu bestellen durch alle Buchhandlungen

Vorlag Josef Kösel & Friedrich Pustet K.G.

Verlagsabteilung Kempten

1922

Unsere heutige Rettung umfaßt 6 Seiten und die Vorlage "Rechtsabend".

Verantwortlich: Für den redaktionellen Leiter: Rechtsabend: Norbert; für den Auflagenteil: Josef Kösmann. Drei und Verlag der "Sachsen-Publizist" W. m. v. D. an Dresden.

Umstehenden Bestellschein bitten wir sofort auszufüllen

oder zur Abonnentenwerbung

weiter zu geben

Parteinachrichten

Die drei Reden des Abgeordneten Schlein in der Landtagsbildung vom 24. November sind als Sonderabdruck erschienen und werden, soweit noch Vorrat vorhanden ist, vom Sekretariat der Sächsischen Zentrumspartei Dresden-Altona, Holzstraße 46, zum Selbstabholpreis von 1,50 Mark pro Stück (16 Seiten hoch) abgegeben. Bei auswärtigen Bestellungen ist das Porto beigelegt.

Sonntag den 17. Dezember 1921

Sächsische Volkszeitung

Nr. 201, Seite 5

Idealismus in der Politik

Von A. Wied

"Politik ist die Kunst des Möglichen," so lautet ein gern und oft zitiertes Zitat. Wir möchten die in diesen Worten liegende Wahrheit keineswegs bestreiten, wer politisch etwas erreichen will, muss sich in der Politik nicht mit schämen Wünschen und herzlichen Phantasiereichen begnügen will, der muss sich diesen Satz vor Augen halten. Er wird daraus lernen, seine Taktik, die Auswahl seiner Mittel den jeweiligen Umständen anzupassen. Man könnte nun in die Versuchung kommen, zu glauben, in der Politik gäbe es überhaupt keine absoluten Zwecke und Ziele, alles sei veränderlich und nur durch die besonderen Beziehungsverhältnisse bedingt. Gerade heute ist ja das Wort von dem "Sich-auf-den-Boden-der-Tatsachen-stellen" in aller Munde und mancher plant, damit seine Systemlosigkeit und Gedankenarmut als höchste und lebte politische Weisheit darzutun. Wer jedoch hierfür denkt, wer nicht aufgeht in der Oberflächlichkeit des politischen Tagesgeschehens, der hält trotz der Relativität der politischen Mittel an dem Streben nach absoluten Zielen fest. Er kennt nicht nur für die Gegenwart und die nächsten paar Jahre, sondern auch in die Vergangenheit zurück und kennt den Willen und über die Tagesfragen hinaus noch der Zukunft: Er läuft nicht nur um Forderungen der Gegenwart, sondern auch auf die Weisheit der Ewigkeit. Beides muss der gute Politiker — und keine weniger wie alle Politiker sein — lernen: Einmal werden über die Ziele und Zwecke in der Politik und andererseits die Tatsachen der Gegenwart zu lernen und zu wählen, um immer auch die richtigen praktischen Mittel auszuwählen.

Der Idealismus in der Politik erscheint deshalb besonders notwendig, weil heute die geistige Not Deutschlands besonders groß ist. Wie gehen über der unendlich großen materiellen Not, über Nervosität und Valuta, der tiefen Kunden fast herunter, die der Seele des deutschen Volkes Krieg und Revolution entstehen lassen. Es fehlt uns das Zusammengehörigkeitsbewusstsein, wir haben kein einheitliches Wollen in bezug auf die äußere Staatsform und die innere Gestaltung unseres Staatslebens. Es mag richtig sein, die Frage nach der Staatsform als unerträglich zu erachten und sich zunächst mit den materiellen Lebensbedürfnissen zu beschäftigen. Allein der Mensch lebt nicht vom Brod allein. Der Hinweis, dass wir jetzt keine Zeit für die Lösung der geistigen Not haben, kann die gähnende Lücke nicht füllen. Viele Kreise des Volkes fühlen sich von der Tagesspolitik angezogen, sie ziehen sich von der Verhaftung mit politischen Drogen zurück, wenn sie nichts von Idealismus und Ideologie finden müssen.

Für die geistige Not kommt als einziges Heilmittel das Christentum in Betracht. Kurz nach Beendigung des Krieges galt es zwar für viele Deutsche in Deutschland als ausgemacht, dass das Christentum jetzt abgewirtschaftet habe, dass man über das Christentum hinaus nach einer höheren Form der Religion streben müsse. Buddhistische Ideen fanden gleichzeitig Jünger und als ein indisches Dämon nach Deutschland kamen, da strömten sie die Russen begeistert zu und schlugen sich förmlich um ein Bläschchen, um in keinem Wort der in englischer Sprache vorgetragenen indischen Weisheitslehre zu verlieren. Das Christentum aber gilt als realistisch und besonders in der Politik glaubt man das Christentum und die Staatsformen, die sich unter seiner Herrschaft herausgebildet haben, als abgetan hinterstehen zu müssen. Aber wenn wir dem Christentum in der Politik das Wort reden, müssen wir denn auch damit die Südfüße zu den staatlichen Vorwürfen verlangen, die in früheren Zeiten bestanden, als das Christentum noch einen größeren Einfluss auf die Öffentlichkeit besaß? Nein, denn aus der Seele des Christentums löst sich

bestimmtes praktisches System für die Politik ableiten. Das Christentum ist imstande, alle Formen sozialer Zusammengehörigkeit mit seinem Geiste zu erfüllen. Das Christentum kann auch unserem demokratischen Zeitalter noch recht viel sagen. Hierüber einige wenige Gedanken! Die Monarchie könnte nur einen Träger der Staatsgewalt. Nach geistlicher Ausrichtung war der Monarch Gott gegenüber verantwortlich für die Ausübung seiner Herrschaftswilte. Heute sind wir alle Träger des Staatsgewalt, wie wir alle sind in der Lage, maßgebend die Entwicklung der Dinge zu beeinflussen. Daraus folgt, dass unsere Verantwortung vor Gott größer geworden ist, dass wir politische Pflichten haben, denen wir uns nicht entziehen können. Die Demokratie gilt und also nicht allein Rechte, sondern legt uns auch die Verpflichtung auf, in der Politik mitzuwirken. Es würde zu weit führen, über den Umgang dieser Verpflichtungen noch mehr zu schreiben, es soll nur noch darauf hingewiesen werden, dass durch Vertreibung an den Wahlen dieser Pflicht zur Politik noch nicht genug getan wird.

Viele Anhänger der Demokratie sind der Ansicht, das souveräne Volk gebe nicht nur sich selbst die Gesetze, sondern sei auch die lebte Quelle des Rechtes überhaupt. Demokratie weist das Christentum auf Gott als die lebte Quelle alles Rechtes hin und leitet die Unveränderlichkeit und Einheit des göttlichen und natürlichen Rechtes, das durch keinen Menschenabschluss abschafft werden kann. Auch das Volk im freien Staat ist verantwortlich vor Gott. Das Christentum schürt also das Recht der Einzelnen vor der Überprüfung des demokratischen Majoritätsprinzips. Um nur eins zu erwähnen, darf nach christlicher Ausrichtung keine noch so rohe Weisheit im Parlament an der Freiheitsausübung der Eltern, an dem Recht der Kirche, die religiöse Erziehung der Kinder zu testen, auch nur im mindesten auftreten.

Am ähnlich auf die innere Herrschaft des deutschen Volkes erscheint die christliche Lehre von der Zusammengehörigkeit der Menschen besonders wichtig. Ich las vor kurzem einmal einen Brief an einen Politiker folgende beherzigenswerte Worte: „Sie verehrt die Seele des Volkes, das einzige, was uns bleibt, was liegt an uns, wenn wir die deutsche Seele erhalten bleiben.“ Ein einziger Platz in der Tageszeitungen genügt, um zu wissen, wie es um den deutschen Geist, um die deutsche Einheit besteht ist. Nur dieser Platz kann uns das Christentum helfen mit seiner Seele, das wir alle Prinde sind, mit seinem Geiste, das wie alle einander lieben müssen. Der Kampf der politischen Bewegungen in Deutschland würde zweifellos sehr viel mildere Normen annehmen, wenn wir alle recht von christlicher Liebe besetzt wären.

Das Christentum ist also auch heute noch modern. And seinem innerensten Gehalte können wir den Idealismus entnehmen, den unsere Tätigkeit in der Politik notwendig braucht, soll in der Politik nach Gütekostenlosigkeit Wahl treiben und kurzfristige Geschäftsmacher auskömmlich zu Worte kommen.

Reiner, makelloser Gottesdienst ist dieser, Witwen und Waisen in ihrer Not zu Hilfe zu kommen (Jac. 1, 27).

Wer verhilft den armen Kindern der Gemeinde Plauen i. Vogtl. zu einer Weihnachtsfreude?

Gaben nimmt entgegen

das kath. Pfarramt zu Plauen i. Vogtl.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 98883

Seldler, Pfarrer

Sächsische Volkszeitung — Nr. 201 — 17. Dezember 1921

Zurück zu den heiligen Säkungen

Von Franziska Schneider
(Nachdruck verboten — Alle Rechte vorbehalten.)

(Schluß)

19. Befreiung von Helmlehr.

Anderer Tages sah Lady Blasfour die Dienerschaft von dem tragigen Unglücksfall ihres Sohnes in Neuwied. Mit jähem Geschehen nahm diese die Stunde entgegen, doch eben so groß wie deren Verwunderung, dass Lady Blasfour ruhig und gefest etrichen, obwohl man ihrem Neuherrn ansah, doch sie einfach gelitten hatte. In einer Nacht war ihr Haar geblieben.

Nachdem Mary die Trauerhochzeit durch einen Brief an Blasfour, der diesen feierlich erst nach Monaten in Indien erreichen konnte, hatte abgeben lassen, sah sie sich wieder an ihren Excessibus, um ihrem Vater und ihrem Bruder mitzuteilen, woher ihr Herz erfüllt war. Schmerz, Trauer, tiefe Besinnung dämmerten ihr die Zellen.

Noch hatte sie den Brief nicht vollendet, als sich der Kammerdiener Blasfour meldete ließ. Mary erschrak.

„Wie kam es, dass dieser von Calcutta sobald zurückgekehrt war? Sie erzählte bei dem Gedanken, ihr Sohn möchte aus unbekannten Gründen die Heimreise früher angekündigt haben, als er befürchtet hatte.

Sie ließ den Diener kommen.

„Lady!“ begann dieser, nachdem er sich lieb verneigt hatte, „Ich komme Ihnen eine Botschaft zu überbringen, die ich kaum ausdrücken vermag.“

„Was gibt es denn?“ fragte Lady Blasfour.

Da begann der verschmitzte Diener sein Spiel, das er sich mit aller Stube und Besonnenheit während der langen Reise aufgedacht hatte.

„Sie vermag es nicht zu sagen,“ wiederholte er, „weil schon große Trauer in diesem Hause bereit.“ Nach einem Augenblick fuhr er fort: „Gott weiß, wie schwer es mir wird, die Nachricht von einem gleich großen Trauerfall hinzutragen.“

Gebrochen, unter fortmäandem Schluchzen und Tränen waren die Worte herausgestossen.

„Was kann denn noch mehr vorgefallen sein?“ forschte seine Mutter. Da fühlte der Diener, wie sie flehte er um Kraft von oben und sagte: „Lady Blasfour, mein Herr und Herrscher, der edle Mann und Wohltäter der Menschheit, ist bereits vor Monaten gestorben.“

Mary durchdrückte es wie ein Blitzaufschlag. Es löste sie Wut, sich zu fassen.

„Woan starrt er?“ fragte sie tonlos, weil sie im Augenblide alles Füschen in sich überzeugung.

Jetzt kam der eigentliche Alt des ausgedachten Spieles. Eine große Verlegenheit zur Schau legend, mannsartig an Hoben schauend, stotterte er heraus: „Se starb... er starb... an einer Art Schlaganfall... ja, ja, eigentlich an einem Schlaganfall.“

Sie hatte das Gefühl, dass er los. Sie hasste sie diesmal antriebspötzliche Mutter getötet, sie hatte seit einer Konfrontation gegen den Blitzaufschlag ihres Mannes empfunden.

„Ich will die eigentliche Ursache seines Todes wissen,“ fügte sie gebietend. „Ach ja, Lady, wenn ich es sagen muss, so bitte ich zunächst um Verzeihung. Mein Vericht mag Ihnen nicht angenehm sein. Lady Blasfour starb an den Folgen einer Vergiftung, die ihm durch einen Pfeilschuss beigebracht wurde. Ein eisernehriger Indianer schoß ihn aus dem Dianerhalle in dem Augenblide, in dem er einige freundliche Worte an dessen junge Frau riefte.“

„Genug!“ herrschte ihn Mary an. Sie rannte nach Bassuna. Das also war das schamvolle Ende eines treulosen Gatten! So war er gelobt, wie er gelebt hatte! Ein Schauer durchfloss sie.

Wit listigem Blick holte der Kammerdiener das Auge zu ihm empor. Lady Blasfour stand hochaufgerichtet in ungebrochener Haltung, doch starrte wie eine versteinerte Röte.

Katholiken und Staatsbürgererziehung

Soll ein Volk an seinem Staat den Heiligen haben, der überall dort die Gefährtin der Bürger zur Gemeinschaftsarbeit sammelt, wo auch ansonst und nach innen die einzelnen Familien wir. Menschenleben hilft nicht selbst helfen können, dann müssen sie ein Bürgergewissen haben, das mehr ist als Massen- und Standesbewusstsein. Ja kann auch ein Volksoberhaupt leben!

Was ist unter uns Katholiken geschehen, dieses Ideal von Staatsbürgern zu verwirklichen? Welche dadurch giebene Volksbildung- und Volkszugehörigkeitsarbeit leisten wird?

Manches ist in der politischen Partei und in den vielen Landesvereinen, selbst in der Verbandsorganisation getan. Aber hier haben sich die Landes- und Gruppeninteressen unterstellt in den Vorberatung gebraucht. Als soziale und staatsbürgeliche, echt volkstümliche Gemeinschaftsorganisation willst du gegen den Volksverein für das volkstümliche Deutschland. Um ihm zu entgehen und darum immer wieder Katholiken.

Volkstümlich ist der Volksverein, weil er hervorzuheben aus einer Weltanschauung, aus religiösen Tiefen, weil er arbeitet für jeden Deut und davon nur eben nur durch den Appell an den göttlichen Willensbemühungen und an den Gemeinschaftsgeist des Volksvertrags. Er ist das Werk der Geschäftsführer und Verantwortungsträger an dem einzelnen Orden. Da ihm will man nur eines: Arbeit des Volles für das Volk.

Staatsbürgers erzieht es, dass er das leidliche Privatleben des Bürgers zum Staat als der Volksstil pflegt, in der jeder Mensch gemeinschaftliches Glück sein soll, wie in seiner örtlichen Familie und in seinem Verbande. Er sucht das zu erreichen, indem er das Leben des deutschen Staates soll und gern besteht, auf die Volksbeschaffenheit der einzelnen Gemeinden der Volksvereins bezieht. Er will den einzelnen Gemeinden vermehrende Arbeit erzielen, die höhne machen, an ihrem Eigentum starkmoll an arbeiten, vielleicht aber all die verschiedenen Gruppen und Stände des Volles aufzunehmen und zu gemeinsamer Staatsbürgererziehung und zu gemeinsamer sozialer Arbeit im Dienste des gesamten Volles. Er kann wohl seit den Jahrzehnten am seine Städte die Städte von den bürgerlichen Unterlanden. Viele ihnen stand das reichste und reichste die Städte der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer Städte und einem anderen Landkreis, eben die Bürger der deutschen Volksvertragsgemeinden heraus, den Schuh der wirtschaftlich schwachen, die durch ihre Arbeit und Befreiung der unteren Volksklassen als Vorbild an der Tafel anzustellen. Sie fanden in solchen Provinzen den Volksverein so viel Widerstand und Widerstand mit ihrer religiösen Arbeitskraft gegen den Volksverein und zwischen einer

